Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste hier und an den Bildschirmen,

heute stehen wir vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Demokratie in Oberursel. Die geplante Verkleinerung des Parlaments wie sie von CDU und SPD und der kleinen OBG vorgeschlagen wird

im Zusammenhang mit der Änderung des Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung, wie sie CDU und SPD auf Landesebene vorantreiben, mag auf den ersten Blick als pragmatische Reform erscheinen - doch in Wahrheit birgt sie eine gefährliche Schlagseite für die politische Vielfalt und die demokratische Teilhabe in unserer Stadt.

Was steht hier eigentlich auf dem Spiel?

Eine funktionierende Demokratie lebt von Vielfalt, von der Debatte zwischen großen und kleinen Parteien, von neuen Impulsen und Ideen, die oft gerade aus den Reihen der kleineren Gruppierungen kommen.

Wenn Sie den kleineren Parteien die Chancen nehmen, als Fraktion in diese Stadtverordnetenversammlung einzuziehen, dann berauben Sie unsere Demokratie einer ihrer wichtigsten Stützen: der Pluralität der Meinungen.

Die vorgeschlagenen Veränderungen würden dazu führen, dass es für kleinere Parteien nahezu unmöglich wird, sich gehörig einzubringen.

Das ist nichts anderes als eine gezielte Schwächung des politischen Wettbewerbs.

Und seien wir ehrlich:

Ein Parlament, in dem die Vielfalt fehlt, verliert an Legitimität.

Es wird zu einem Spiegelbild nur der Stärkeren, aber nicht der gesamten Gesellschaft.

Wir leben nicht mehr in der Steinzeit, wo der Mensch mit dem größten Stein das Sagen hatte.

Heute leben wir in zivilisierten demokratischen Strukturen, in denen auch ein Minderheitenschutz gilt.

Wem nützt diese Reform überhaupt?

Die CDU und SPD begründen ihre Initiative mit vermeintlicher Effizienz oder Kosteneinsparungen. Aber lassen Sie mich eines klarstellen: Eine gesunde Demokratie ist keine Frage der Kosten, sondern eine Frage des Willens, die **Interessen aller Bürgerinnen und Bürger fair zu vertreten**. Wer Demokratie nur unter dem Gesichtspunkt der Effizienz betrachtet, riskiert, ihr Wesen zu verlieren.

Nur die etablierten Parteien haben einen Vorteil davon: sie wollen die kleineren Gruppierungen an den Rand drücken und dadurch ihre eigene Machtposition sichern. Doch das ist nicht der Geist, den unsere kommunale Demokratie in Oberursel braucht! Das ist kein Fortschritt, sondern ein **Rückschritt**.

Dies sind antidemokratische Tendenzen, die weltweit auf dem Vormarsch sind. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten diese Tendenzen nun mit der Wiederwahl Donald Trumps in den USA, und der Einsetzung des Hyperreichen Musks, der den Sozialstaat und den Klimaschutz im Zeitraffer demontiert!

Soweit wie in USA möchten Herr „Bollinger and Friends“ wohl auch kommen - für Oberursel ist das eine komplette Katastrophe - **damit werden nur Seilschaften, Interessensbünde und besonders die Intransparenz betont.**

„Wer politische Gegensätze durch Kungelei im Hinterzimmer lösen will, schadet dem Vertrauen in unsere Demokratie“ sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog.

Warum betrifft diese Entscheidung hier heute abend nun wirklich alle?

Ein Angriff auf die kleineren Parteien ist ein Angriff auf uns alle. Heute sind es die kleinen Parteien, die aus dem Parlament gedrängt werden.

Morgen könnten es unliebsame Stimmen sein, die missachtet oder unterdrückt werden.

Demokratie ist kein Luxus, den wir uns nur leisten, wenn es bequem ist. **Demokratie bedeutet, alle Stimmen zu hören - auch diejenigen, die weniger laut oder weniger zahlreich sind.**

Und lassen Sie mich sehr persönlich werden: Besonders entsetzt bin ich darüber, dass die SPD dieses antidemokratische Spiel mitspielt - was hat die CDU Euch dafür versprochen?

Oder hat sie Euch etwa überrumpelt?

Sie, Frau Bürgermeisterin Runge, sind angetreten mit dem Slogan: „Mit mir regiert das wir“ und Sie wollen die Bürgermeisterin aller Oberurseler sein!?

Im Augenblick hat **Ihre Partei, Ihre SPD diese Ideale voll und ganz verraten und verkauft.**

Aber es gibt Auswege: **Diese Koalition MUSS wirklich nicht sein.**

Wechselnde Mehrheiten könnten das letzte Jahr dieser Legislaturperiode für die Bürgerinnen und Bürger bereichern und Lust auf mehr offene Demokratie machen.

Seien Sie so mutig hier und jetzt heute Abend und geben Sie die Abstimmung frei - von mir aus, können wir auch geheim abstimmen.

Denn:

Wir brauchen keine Verkleinerung unserer Stadtverordnetenversammlung: Wir brauchen vielmehr einen Ausbau der demokratischen Kultur. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass unser Parlament ein Ort bleibt, an dem jeder eine Stimme hat, unabhängig von der Größe der Politischen Gruppierung, die er oder sie vertritt.

Lassen Sie uns die bestehende Vielfalt schützen und fördern - nicht abbauen!

Sie argumentieren damit, dass zu viele Anträge, zu viele Reden die Sitzung lang machen und zeigen dabei mit dem Finger auf mich - der Vertreterin der Klimaliste.

Ist das etwa doch eine Lex Klimaliste?

Mein Appell an Sie, besonders an die Zuschauerinnen und Zuschauer:

Beziehen Sie Stellung gegen diesen undemokratischen Vorschlag!

Lassen Sie uns zeigen, dass Oberursel für Vielfalt und echte Demokratie steht! Schreiben Sie Briefe, sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, engagieren Sie sich. Denn jede Stimme zählt - nicht nur im Parlament, sondern auch hier und heute.

Viele kleine Gruppierungen sind gemeinsam groß und stark, denken Sie bspw. an das „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“, das stark gegen die Feinde der Demokratie auftritt.

Und: stärken Sie die Listen der kleinen demokratischen Gruppen! Lassen Sie sich für die Kommunalwahllisten aufstellen! Die Klimaliste ist ein netter unkonventioneller Ort, an dem Demokratinnen und Demokraten, die die Vielfalt und die Kreativität im Sinne des Klimaschutzes lieben, viel Spaß haben können und Selbstwirksamkeit entfalten können.

Die Demokratie ist stark, wenn wir sie verteidigen. Aber sie wird schwach, wenn wir sie ohne Protest aus der Hand geben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Oberursel ein Beispiel dafür bleibt, wie lebendige Demokratie aussieht.

Ich möchte mit einem Zitat von Willy Brandt schließen:

„Wir sind keine Erwählten, wir sind die Gewählten. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie bemühen!“

Vielen Dank!